

Europe & More

International Business News

Nr. 01/2007 – 15.01.2007

ISSN 1612-1678

Herausgegeben von

LIBERTAS

Liebe Leserinnen und Leser!

Mit der Nummer 01/2007 freuen wir uns, Ihnen die erste Ausgabe des Relaunchs, der Wiederbelebung unseres 14-tägig erscheinenden Periodikums von „Europe & More International Business News“ präsentieren zu können.

Diese erste Ausgabe wird auch zum kostenlosen download ins Internet eingestellt (abrufbar als pdf-Datei unter: www.libertas-institut.com).

Der Publikation gehen unsere Erfahrungen seit Ende 1992 voraus, zunächst mit „EuroManagement“ für den Deutschen Sparkassenverlag, das bereits 1994 mit einem europäischen Preis für Wirtschaftspublizistik honoriert wurde, sodann mit „World Wide Business“ und Anfang 2003 mit „Europe & More“. Zeitweise waren diesen Publikationen auch ständige Beilagen über die Entstehung und Entwicklung der Europäischen Währungsunion sowie zum E-Business angefügt.

Die europaweiten (und darüber hinausgehenden) makro- und mikroökonomischen Konditionen, die gerade jetzt ein solches Periodikum nahe legen, sowie ein ausgearbeitetes, erweitertes Netz von Mitarbeitern und Informationskanälen ermöglichen es uns, „Europe & More“ in neuer Version, mit noch besserem und adaptierten Inhalt herauszugeben – als klassischen Informationsdienst für Unternehmen sowie externe Unternehmensstrategen und –berater, die schwerpunktmäßig und aktuell die internationalen Märkte und das Umfeld von Unternehmenstätigkeit überwachen wollen.

Wir sind stolz auf die Neubelebung dieses traditionsreichen LIBERTAS-Produkts, das nicht zuletzt auch auf die Wünsche seiner Leserschaft gut reagieren kann.

Die Redaktion steht gerne für telefonische Anfragen zur Verfügung: +49 7471 984996-12, oder per e-mail: redaktion@libertas-institut.com.

Abonnenten erhalten „Europe & More International Business News“ künftig alle 14 Tage – jeweils am 15. und letzten eines Monats (an Feiertagen und Wochenenden erfolgt die Auslieferung am nächsten Werktag). Jede Ausgabe umfasst mindestens 12 Seiten.

Unter verschiedenen Rubriken wie EU-Binnenmarkt, EU-Erweiterung, EU-Nachbarschaftspolitik u.a. zu GUS- oder Mittelmeerstaaten, Asien & Pazifik, Amerika, Afrika, Absatz & Beschaffung, Investitionen, Kooperation, Wirtschaftsförderung, Steuern, Zölle, Währung, Finanzmärkte, Recht und E-Business usw. berichten wir künftig für Unternehmen und deren Berater sowie für Multiplikatoren der Wirtschaft über aktuelle Entwicklungen und Tendenzen. Dabei werden wir eine bewährte Dualität von makroökonomischer Trendinformation und mikroökonomischer Verwertbarkeit pflegen. Darüber hinaus werden ausgewählte Bücher und elektronische Medien sowie Links zu besonders interessanten Webseiten vorgestellt. Besonders angefertigte Fachbeilagen bleiben *special interest*-Gruppen und Verbänden vorbehalten.

Ein intensives Leser-Blatt-Verhältnis bleibt für uns sehr wichtig. Der *FAQ-Bereich* bietet daher die Möglichkeit, Fragen an die Redaktion zu stellen. Diese werden von uns dann in eine der kommenden Ausgaben beantwortet und veröffentlicht. Richten Sie Ihre Fragen und Anregungen per E-Mail an redaktion@libertas-institut.com. Individuelle Fragen, die nicht für eine Veröffentlichung bestimmt sind, beantworten wir selbstverständlich ebenfalls gerne. Außerdem nehmen wir auch einzelne Events, z. B. Workshops zu bestimmten Themen wie auch Reisen zu bestimmten (Investitions-)Zielen gerne ins Visier.

Über Ihre Anregungen und Beiträge freuen wir uns.

Auf gute Zusammenarbeit!

Ute Hirschburger

INHALT

EU-Binnenmarkt3	EU-weites Konzept beim grenzüberschreitenden Ausgleich von Verlusten in anderen Mitgliedstaaten vorgeschlagen..... 7
Freizügigkeit: Klagen gegen Deutschland 3	
Öffentliche Anhörung bis 1. März 2007: EU-Richtlinie zu Maßeinheiten 4	
UMWELT & „GRÜNE INVESTITIONEN“ ..4	NEUE EU-MITGLIEDER..... 9
Mazedonien – Albanien: Kläranlagen am Ohrid-See; Prespa-See in MK bleibt nach wie vor Investitionsziel für KMU 4	Rumänien: Wirtschaftlicher Boom aufgrund der neuen EU-Mitgliedschaft 9
Taiwan: Europäische Investitionen 2006 mit Spitzenwert - Innovative „grüne“ Investitionen für Fahrzeuge sind zur Zeit <i>en vogue</i> 5	AGRARWIRTSCHAFT 10
Indonesien: neuer Papier-Riese in Südostasien? Neun Millionen Hektar Faserholzplantagen bis 2014 5	EU-Agrarpolitik: Einfacher und transparenter 10
Exportinitiative Erneuerbare Energien: Erschließung neuer Märkte in Entwicklungsländern 6	Erster Erfolg für Europäische Transparenzinitiative: Jährliche Veröffentlichung der Empfängerdaten von EU-Zahlungen 10
Tunesien - Inkubatoren: Kooperationsmöglichkeit im Umweltsektor..... 6	Studie über Verwaltungsbelastung für Landwirte . 10
PERSONAL & WEITERBILDUNG7	Hanfindustrie weltweit auf Expansionskurs 11
Georgien: Bald neue Auslandsuniversität im Südkaukasus?..... 7	Bio-Produkte: Platinen aus Biomasse - Trägerplatten für Elektronikbauteile aus Lignin, Pflanzenfasern und Naturharz 13
Mecklenburg-Vorpommern: Mehr ESF-Mittel des Bundes 7	TRANSPORT & VERKEHR 14
STEUERN7	Erfolg für deutsch-polnischen Schienenverkehr: EWIV-Interessengemeinschaft arbeitet für Strecke Berlin – Gorzów 14
	Weg mit Hindernissen für den Ausbau der Eisenbahnen in ganz Europa 14
	FÜR DIE BIBLIOTHEK..... 15

ANGEBOT FÜR UNTERNEHMEN:

Ausschreibungsservice öffentliches EU-Auftragswesen

LIBERTAS erstellt ein individuelles Profil und übernimmt für Sie die tägliche Suche nach Ausschreibungen

Mehr Informationen im Internet unter <http://www.libertas-institut.com/de/Beratung/Ausschreibungsservice.htm>.

Freizügigkeit: Klagen gegen Deutschland

Über Kfz-Sachverständige, Zahnarzt diplome, Vergabe von Rettungsdiensten, Bausektor

Deutschland ist nur grundsätzlich der offene Markt, den die Bundesrepublik auch nach außen propagiert. Dabei gibt es hierzulande manchmal erhebliche Schwierigkeiten, die letztlich allesamt den Wettbewerb behindern. Die neuesten Nachrichten hierzu aus Brüssel:

Kfz-Sachverständige

Die EU-Kommission hat beschlossen, Deutschland wegen der Genehmigungsvorschriften für Kfz-Überwachungsorganisationen vor dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften (EuGH) zu verklagen. Insbesondere geht es um die gesetzlich vorgeschriebene Mitgliedschaft einer Mindestanzahl von (selbstständigen) unabhängigen Kraftfahrzeugsachverständigen. Die EU-Kommission ist der Auffassung, dass es sich bei den von Überwachungsorganisationen durchgeführten Fahrzeugkontrollen nicht um die Ausübung öffentlicher Gewalt handelt. Darüber hinaus ist die Kommission der Ansicht, dass die in Anhang VIIIb der Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO) festgelegten Genehmigungsvorschriften für Kfz-Überwachungsorganisationen im Hinblick auf ihre interne Organisation und Rechtsform gegen die Niederlassungsfreiheit nach dem EG-Vertrag verstoßen. Insbesondere ist die Genehmigungsanforderung der gesetzlich vorgeschriebenen Mitgliedschaft einer Mindestanzahl von (selbstständigen) unabhängigen Kraftfahrzeugsachverständigen nicht angemessen, da in Deutschland Einrichtungen, die nicht ausschließlich aus unabhängigen Sachverständigen bestehen, bereits im Bereich der Fahrzeugkontrolle (insbesondere bei technischen Prüfeinrichtungen) tätig sind. *Europe & More-Prognose:* deutsche Gesetzesänderungen sind wahrscheinlich.

Zahnarzt diplome

Ferner hat die Europäische Kommission Deutschland förmlich ersucht, seine Rechtsvorschriften zur Anerkennung der Qualifikationen von Zahnärzten zu ändern. Das deutsche „Zahnheilkundengesetz“ sieht – in Übereinstimmung mit der Richtlinie 78/686/EWG – eine automatische Anerkennung zahnärztlicher Diplome aus anderen Mitgliedstaaten vor. Auf der Grundlage desselben Gesetzes wird jedoch Migranten eine solche Anerkennung und damit das Recht auf Berufsausübung verwehrt, wenn sie, obgleich sie in Besitz eines in einem anderen Mitgliedstaat erworbenen Diploms sind, zuvor das für den Erwerb des deutschen Diploms abzulegende Examen nicht bestanden haben. Nach Auffassung der Kommission ist die Tatsache, dass ein EU-Bürger, der in Deutschland seine Ausbildung absolviert hat, das deutsche Examen nicht bestanden hat, kein hinreichender Grund, um ihm die automatische Anerkennung eines Diploms zu versagen, das er zu einem späteren Zeitpunkt in einem anderen Mitgliedstaat erworben hat. Das durch die einschlägigen Richtlinien der Gemeinschaft eingeführte System der automatischen Anerkennung von Diplomen basiert auf einer Mindestharmonisierung der Ausbildungsanforderungen sowie auf gegenseitigem Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten. Dieses System würde ausgehöhlt, wenn die Mitgliedstaaten die in anderen Mitgliedstaaten ausgestellten Diplome auf diese Weise in Frage stellen dürften. Eine derartige Abweichung vom Grundsatz der automatischen Anerkennung von Diplomen, die zur Folge hätte, dass EU-Bürger, die eine Ausbildung in einem Mitgliedstaat nicht abgeschlossen haben, der Möglichkeit beraubt würden, eine Ausbildung in einem anderen Mitgliedstaat zu absolvieren, ist im Übrigen in keiner der einschlägigen Richtlinien vorgesehen, die diesen Beruf insoweit hätten schützen können.

Europe & More-Prognose: deutsche Praxis klar binnenmarktwidrig; muss geändert werden. Die Bundesregierung ist hier wahrscheinlich der Unflexibilität der zahnärztlichen

Selbstverwaltungsorganisationen ausgesetzt.

Vergabe von Rettungsdiensten

Im Zusammenhang mit der öffentlichen Vergabe von Rettungsdiensten hat die EU-Kommission weitere Schritte gegen die Bundesrepublik eingeleitet. Deutsche Lokalbehörden haben bei der Vergabe von Verträgen und Konzessionen für die Bereitstellung von Rettungstransporten keine transparenten Vergabeverfahren angewandt. Die deutsche Regierung führte an, dass diese Rettungsdienste in einigen deutschen Bundesländern zu den öffentlichen Aufgaben des betreffenden Bundeslandes gehören und daher nicht als öffentliche Dienstleistungsaufträge zu behandeln sind. Nach Auffassung der EU-Kommission stehen die betreffenden Dienste jedoch nicht in Verbindung mit der Ausübung hoheitlicher Aufgaben. Nur in diesem Fall wäre eine Ausnahme von den EU-Rechtsvorschriften möglich. Die Vergabebehörden waren daher verpflichtet, ein transparentes Vergabeverfahren zu gewährleisten.

Europe & More-Prognose: Diese typisch föderale Praxis in Deutschland wird ggfs. durch den EuGH gestoppt werden.

Bausektor

Die Europäische Kommission will den Beschränkungen des freien Dienstleistungsverkehrs in Deutschland ein Ende setzen. Sie hat beschlossen, Deutschland nochmals förmlich ihre Einwände bezüglich der Anwendung eines bilateralen Abkommens mit Polen über den Bausektor mitzuteilen. Nach dem bilateralen Abkommen Deutschlands mit Polen über den Bausektor können deutsche Auftragnehmer im Rahmen bestimmter Quoten polnische Zulieferer einsetzen. Unternehmen aus anderen Mitgliedstaaten, die Bauarbeiten in Deutschland durchführen, dürfen jedoch nicht in gleicher Weise auf polnische Zulieferer zurückgreifen. Außerdem wendet Deutschland dieses bilaterale Abkommen seit dem EU-Beitritt Polens 2004 restriktiver an. Dies ist nicht mit dem Beitrittsvertrag und seiner Stillhalteklausele vereinbar.

Europe & More-Prognose: Vor allem wegen der Verletzung der Stillhalteklausele, aber auch wegen einem langsamen Wirtschaftsaufschwung in Deutschland wird auf diese Regelung verzichtet werden.

Öffentliche Anhörung bis 1. März 2007: EU-Richtlinie zu Maßeinheiten

Erneut hat die EU-Kommission die interessierte Öffentlichkeit zur Weiterentwicklung des EU-Rechts einbezogen. Diesmal geht es um den Gebrauch von normierten Maßeinheiten; deren Größen sind in der EU durch die Ratsrichtlinie 80/181/EWG vom 20.12.1979 (RL) vorgeschrieben. Nach der letzten Aktualisierung von 1999 ruft die Kommission auf, Ansichten über eine weitere Aktualisierung abzugeben, und zwar **bis spätestens 1. März 2007**.

Die Kommentare sollten an entr-metrology@e.europa.eu an den Metrologie-Sektor des Generaldirektorats Unternehmen und Industrie gemailt werden.

Grundsätzlich werden alle Einreichungen auf der EU-Website veröffentlicht, wenn nicht anders vermerkt. Begleitbriefe sollten in einem separaten Dokument versandt werden, und wer länger als 4 Seiten schreibt, sollte eine Zusammenfassung vorab senden. *Die Aufforderung ist für die produzierende, die exportierende und die verpackende Industrie gedacht.*

Im einzelnen geht es – unter anderem - darum: Die Conférence Générale de Poids et Mesures (CGPM), die das internationale System (abgekürzt als "SI", vom französischen "système international") hat mit einer Resolution von 1999 den „katal“ im SI eingeführt. Der "katal" wurde während der letzten 30 Jahre benutzt, um katalytische Aktivität in der Medizin und Biochemie auszudrücken, und er wird als „mole per second“ defi-

niert. Die Kommission fragt nun z. B. danach, ob der „katal“ in die RL 80/181 einbezogen werden soll.

Ferner geht es um verschiedene SI-Einheiten auf Verpackungen (z. B. kg oder l). Die EU-RL setzt keine SI-Prioritäten; so gibt es andere Gesetzgebung, etwa für Aerosole, die den Inhalt nur in Litern angeben müssen. Frage ist also, ob SI-Angaben für speziellen Gebrauch auch speziellen Gesetzen unterliegen sollen.

Außerdem erstreckt sich der Geltungsbereich der RL nicht auf Maßeinheiten im See-, Schienen- und Lufttransport, die oft in internationalen Abkommen oder Konventionen geregelt sind. Hier bittet die EU um Antwort auf die Frage, ob diese Ausnahmen aufrechterhalten werden sollen.

Schließlich sind die **Exporte in die USA** betroffen; obwohl metrische Masse dort seit 150 Jahren willkommen sind, werden nur metrische Auszeichnungen für Produkte, die durch Bundesrecht reguliert sind, sowie in 4 Bundesstaaten verboten. Auch gibt es andere Unklarheiten: so ist eine US-Flüssigunze anders dimensioniert als eine alte britische Imperial Fluid Ounce. Aber auch innerhalb der EU gibt es Differenzen, z. B. ist die Kilokalorie im Gegensatz zur SI-Einheit Joule weit verbreitet.

Wenn Sie die EU-Mitteilung (sie existiert nur auf Englisch), in der um Stellungnahmen gebeten wird, sowie die gegenwärtige Gesetzgebung der EU wollen (Ratsrichtlinie 80/181/EWG vom 20.12.1979), diese auf Deutsch, schreiben Sie bitte kurz an *Europe & More* (info@libertas-institut.com) - wir senden Ihnen gerne die Unterlagen.

Umwelt & „Grüne Investitionen“

Mazedonien – Albanien: Kläranlagen am Ohrid-See; Prespa-See in MK bleibt nach wie vor Investitionsziel für KMU

Albanien will im Januar 2007 mit dem Bau einer Kläranlage am Ohrid-See, der zwischen Mazedonien und Albanien liegt, beginnen. Dies erklärte der albanische Umweltminister Lufter Xhuveli im Anschluss an Gespräche mit seinem mazedonischen Kollegen Immer Aliu. Die beiden Minister nahmen an der regelmäßigen Tagung des gemeinsamen Ausschusses beider Länder zum Schutz des Ohrid-Sees teil, die diesmal in Podgradec am albanischen Ufer stattfand. Xhuveli kündigte den Baubeginn offiziell für den 15. Januar 2007 an. Während die mazedonische Seite seit Jahren Programme zur Reinigung der Abwässer betreibt, werden auf der albanischen Seite, die allerdings sehr schwach besiedelt ist, Abwässer weitgehend ungeklärt in den See geleitet. Der Bau einer Kläranlage für Podgradec wird u.a. durch Hilfgelder aus Deutschland und der Schweiz unterstützt. Weitere Themen der Gespräche waren die Umsetzung des UNESCO-Beschlusses, den See zum Weltkulturerbe zu erklären. Der Ohrid-See gilt als Schwerpunkt für die Entwicklung des Tourismus in beiden Ländern. Auf albanischer Seite fehlen allerdings touristische Fazilitäten wie z. B. Hotels oder Ferienwohnungsanlagen, auf der mazedonischen Seite ist hingegen die Stadt Ohrid der Schwerpunkt des Tourismus im Lande. Dabei wollen jetzt auch niederländische Investoren zwei große Hotels bauen. In Ohrid, das saisonal auch als Charterflug-Destination (z. B. von Zürich oder Ljubljana/Slowenien) dient, gibt es die historische Altstadt wie auch mehrere Kirchen, auf mazedonischer Seite gibt es diese auch in Richtung Süden des Sees (Sv. Naum).

Die größten Reserven dürfte in Mazedonien jedoch der benachbarte Prespa-See bieten, nur durch einen Bergkamm getrennt. Dort gibt es kaum neue Investitionen im Tourismus, zumindest nicht auf mazedonischer Seite. Dieser See ist zwischen Mazedonien und Griechenland aufgeteilt. Nach Ansicht von *Europe & More* sind am Prespa-See vornehmlich Kompakt-Kläranlagen, Pensionen und kleine Hotels, aber auch so kleine Investitionen wie z. B. die Errichtung von Badeanlagen oder Naturpfaden möglich, also allesamt Investitionen, die auch Klein- und Mittelunternehmen erbringen können.

Taiwan: Europäische Investitionen 2006 mit Spitzenwert - Innovative „grüne“ Investitionen für Fahrzeuge sind zur Zeit en vogue

Wie der neuesten Ausgabe des Taiwan Investment Panorama zu entnehmen ist, sind in den ersten acht Monaten von 2006 europäische Investitionen in Taiwan um 1.383% gewachsen, gemessen am Vorjahr, und erreichten im Berichtszeitraum die Quantität von 5,34 Milliarden US\$ - wodurch Europa in 2006 weitaus der größte ausländische Investor wurde. Nordamerikanische Investitionen nahmen um 73% oder 502 Mio. US\$ zu, japanische fielen um 15% auf 460 Mio. US\$. Selbst wenn man dabei die 3,5 Mio. US\$ aus der europäischen Investitionsmasse herausnimmt, die wegen der Übertragung von Aktien der TSMC (Taiwan Semiconductor Manufacturing Co.) durch Philips Taiwan an das niederländische Mutterhaus anfielen, ist die verbleibende Summe mit 1,84 Mrd. US\$ immer noch fast viermal so hoch wie die kumulierten US-Investitionen.

Bis August 2006 belief sich die gesamte Investitionssumme der Europäer auf ca. 14,8 Mrd. US\$, knapp hinter des US-Investitionen von 15,06 Mrd. US\$ und vor den Japanern (14,8 Mrd. US\$). Damit bewegt sich Taiwan auf vertrautem

Grund: Business Environment Risk Intelligence (BERI) aus den USA hat 2006 die Insel-Chinesen auf Nr. 6 ihrer weltweiten Liste für geschäftliche Umgebung (profit opportunity) gesetzt, nach der Schweiz, Singapur, den Niederlanden, Japan und Norwegen.

Neue Kooperation bei Solar-Sonnendächern für Pkw's

Solar-Sonnendächer kann man schon bei Fahrzeugen z. B. der Marken Mercedes-Benz, BMW, Audi und Volkswagen finden; diese Dächer produzieren Elektrizität z. B. für den Betrieb von Kühlventilatoren. Im ersten Quartal 2007 soll die Produktion der Gloria Solar Co. Ltd. gestartet werden, der mit Acer ein namhafter Computerhersteller, mit der E-Ton Group ein Geländewagen- und Autoteileproduzent und mit der Yulon-Gruppe der erste taiwanische Autohersteller angehören. Die in der E-Ton-Fabrik gefertigten Solar-Sonnendächer sollen den Weg für weiteres solarbetriebenes Autozubehör freimachen.

Taiwanesischer Mikroprozessor-Motor für Benzineinsparungen

Für Verkaufszahlen von über einer halben Million Einheiten setzt Taiwan außerdem bei seinen Zweiradfahrzeugen an. Wer schon einmal den Verkehr von Taiwan erlebt hat versteht, warum viele Bürger dort lieber Motorroller als Auto fahren. Die in Taiwan ab Juli 2007 gültigen Phase 5-Standards entsprechen dem Euro 3-Standard für Zweiradfahrzeuge (mit CO-Emissionen von 2 g/km anstatt früher 7 g/km). Seit Anfang der 90er-Jahre hat das taiwanische Industrial Technology Research Institute (ITRI), zusammen mit Lotus und Delphi, an einem Mikroprozessor-Motor-Management-System für Motorroller gearbeitet. Dieses System, das von seinen Schöpfern als intelligent, weil lernfähig und mit Gedächtnis versehen, bezeichnet wird, behält eine optimale Kontrolle über das eingespritzte Kraftstoffvolumen, die Klima- und Temperaturbedingungen und den Zündzeitpunkt. Aktuelle Tests ergaben, dass das System mindestens 20% Treibstoff spart und die Kohlemonoxid-Emissionen

um 70% sowie die Hydrocarbon-Emissionen um 30% reduziert. Nach 30.000 km Betrieb war der Koeffizient für die Verschmutzungsverschlechterung immer noch bei 1,1. ITRI hat die Technologie an Echo Power System Co. übertragen, damit sie in ein kommerzielles Produkt überführt wird. Echo Power System Co. will zwar zunächst China und Indien "beackern", steht aber wohl auch für die Europäische Union offen.

Indonesien: neuer Papier-Riese in Südostasien? Neun Millionen Hektar Faserholzplantagen bis 2014

Das indonesische Forstministerium will in Zusammenarbeit mit dem Finanzministerium mit einem (umgerechnet) 456 Mio. US\$-Anstoßprogramm die zur Zeit vorhandenen 2-3 Mio. ha Faserholzplantagen bis 2014 auf 9 Mio. ha vergrößern, um die Zellstoff- und Papierindustrie zu revitalisieren. Eine Mio. ha sollen bereits 2007 gepflanzt werden. Vor allem schnell wachsende *Acacia mangium*-Sorten sind dabei vorgesehen.

Von den sieben großen Zellstoffwerken in Indonesien benutzen nur zwei Rohmaterial aus eigenen Plantagen, nämlich PT Musi Hutan Persada und PT Tanjung Enim Lestari, beide in Sumatra. Alle anderen Firmen sind auf Material aus dem natürlichen Primärwald angewiesen. Aber diese Naturreiserven gehen zur Neige.

Das neue Programm will die lokale Bevölkerung und die Transmigrantsiedler schulen und in die Projekte einbinden, soweit sie im Umkreis von 200 km von einem Zellstoffwerk leben. Bereits 2009 wird Indonesien zumindest der drittgrößte Zellstoffproduzent der Welt sein, prophezeite der Forstminister M.S. Kaban. Zur Zeit steht das Land auf Platz sieben.

Die indonesische Zellstoffproduktion 2006 wird auf rund 5,8 Mio. t geschätzt, 7,4% höher als 2005 mit 5,4 Mio. t. Der Exportanteil bei Zellulose betrug 45%, der bei Papier



Eine sechsjährige Acacia mangium-Plantage in Sumatra. Indonesien plant die zur Zeit vorhandenen 2-3 Mio ha Faserholzplantagen bis 2017 auf 9 Mio ha zu vergrößern, um die Zellulose- und Papierproduktion zu revitalisieren.

35%. Indonesien war 2005 am 200 Mio. t starken Zellstoffweltmarkt mit 2,7% und am Papiermarkt von 350 Mio. t mit 2,5% beteiligt. Der Weltpapiermarkt erwartet bis zum Jahr 2020 eine Steigerung auf 490 Mio. t.

*Herwig Zahorka,
Bogor/Indonesien*

Exportinitiative Erneuerbare Energien: Erschließung neuer Märkte in Entwicklungsländern

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) hat die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH beauftragt, das geschäftliche Engagement deutscher Unternehmen aus den Branchen der erneuerbaren Energien im Senegal zu unterstützen.

Im Rahmen der Exportinitiative Erneuerbare Energien wird die GTZ deutsche Unternehmen bei der Kontaktabahnung zu wichtigen staatlichen Stellen und dem Privatsektor sowie bei der Informationsbeschaffung unterstützen, um ihre Produkte und Dienstleistungen im Senegal vorzustellen. Dabei sollen ent-

wicklungspolitischer Nutzen und Entwicklungsmöglichkeiten unternehmerischer Kooperationen zusammengeführt werden. Das Projekt ist als Pilotmaßnahme angelegt und soll modellhaft erkunden, in welcher Form Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit Beiträge im Rahmen der Exportinitiative leisten können.

Im Rahmen einer Geschäftsreise sollen die Unternehmen durch ein umfangreiches Gesprächs- und Kontaktabahnungsprogramm einen Einblick in die Situation des Landes und für Einsatzmöglichkeiten ihrer Produkte und Dienstleistungen im Senegal bekommen. Deutsche Technologien im Bereich erneuerbarer Energien sind technologisch weltweit führend, in Entwicklungsländern jedoch noch unterproportional im Einsatz. Mittelfristiges Ziel des Projektes ist es, den deutschen Unternehmen eine Beteiligung an Konzessionen zur ländlichen Energieversorgung im Senegal zu ermöglichen.

Solche Engagements deutscher Unternehmen in Entwicklungsländern sind derzeit noch selten, könnten aber aus entwicklungspolitischer Perspektive Beiträge zu einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung in den Partnerländern leisten. Auch aus außenwirtschaftlicher Perspektive ist ein stärkeres weltweites Enga-

gement deutscher Unternehmen im Bereich von Energiedienstleistungen erstrebenswert. Sollte dieses Pilotprojekt erfolgreich sein, leistet es einen direkten Beitrag zur weiteren Identifizierung von Synergien zwischen den Politikfeldern Außenwirtschaftsförderung und Entwicklungspolitik.

Das BMWi setzt mit der Beteiligung der GTZ entwicklungsländerspezifische Akzente im Rahmen der erfolgreichen Exportinitiative Erneuerbare Energien. Die Initiative wurde im Jahr 2002 vom Deutschen Bundestag ins Leben gerufen, das BMWi ist für die politische Umsetzung verantwortlich. Mit der Exportinitiative Erneuerbare Energien werden mit einer Vielzahl von Instrumenten, unter anderem aus dem Bereich der Außenwirtschaftsförderung des BMWi, kleine und mittelständische Unternehmen der Erneuerbare Energien-Branche unterstützt, um ihnen die Erschließung neuer Märkte zu erleichtern.

Tunesien - Inkubatoren: Kooperationsmöglichkeit im Umweltsektor

Noch in diesem Jahr werden drei neue so genannte „pépinières d'entreprises“, d. h. Inkubatoren, in den Städten Monastir, Sfax und Médénine auf den Markt gehen. Alle drei bieten ausgezeichnete Kooperationsmöglichkeiten mit jungen tunesischen Unternehmen, vornehmlich des Umweltsektors im weitesten Sinne. Die erste steht unter der fachlichen Aufsicht des Institut National des Sciences Maritimes de Monastir (Nationales Institut der Meereswissenschaften von Monastir), und ihr Ziel ist die Unterstützung der Fischereiwirtschaft und der Aquakultur. Die „pépinière“ von Médénine konzentriert sich auf Projekte zum Thema Heilpflanzen, Nahrungsmittelindustrie und Kampf gegen die Desertifikation (Wüstenbildung) sowie angewandte Biotechnologie in den Trocken- und Wüstenzonen der Sahara. Der dritte Inkubator in Sfax hat den Schwerpunkt Biotechnologie, Bioinforma-

tik, Herstellung kosmetischer Mittel und Herstellung von biologischen Pflanzenschutzmitteln. Die tunesische Regierung erhofft sich von dieser fachlich begleiteten Initiative neue Möglichkeiten für junge Unternehmer sowie für die regionale Entwicklung, wie der Nachrichtenagentur Tunisia Online zu entnehmen ist. Unternehmen aus dem deutschen Sprachraum (die auf Französisch kommunizieren können sollten) werden besonders für Kooperationen geschätzt.

Personal & Weiterbildung

Georgien: Bald neue Auslandsuniversität im Südkaukasus?

Derzeit sind in Deutschland Bemühungen im Gange, eine Vorabanfrage an das georgische Ministerium für Erziehung und Forschung in Tiflis (Tbilisi), das auch für Hochschulen zuständig ist, zu richten; ihr Ziel ist die Errichtung und staatliche Akkreditierung einer aus Deutschland initiierten europäischen Auslandsuniversität, die mit einer georgischen Universität ein Partnerschaftsabkommen unterzeichnen soll. Die deutsche Auslandsuniversität soll in Georgien einen privaten Status bekommen, nachdem in ihr neben staatlichen und privaten Hochschulen und Fachhochschulen auch Unternehmen, Wissenschaftler und Privatpersonen teilnehmen sollen. Wie *Europe & More* erfahren hat, ist die Teilnahme am Konsortium auch anderen Interessenten offen, nachdem die in Deutschland ansässige Trägergesellschaft noch in Gründungsvorbereitungen steht. Sie soll den Status einer EWIV (Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung) erhalten. Neben Mitgliedern aus der EU soll sie auch assoziierte Mitglieder aus Drittländern, u.a. aus dem Kaukasus, umfassen.

Der Standort Georgien macht Sinn: Armenien wäre im Zugang beschränkt, sowohl für aserbaid-

schanische wie auch für türkische Staatsbürger, und Aserbaidschan wäre „off limits“ für Armenier. Georgien ist unverdächtig und für alle offen. Die zukünftige Uni plant auch Veranstaltungen für die Wirtschaft der gesamten Region, mit deren Start gegen Ende 2007 zu rechnen ist.

Mecklenburg-Vorpommern: Mehr ESF-Mittel des Bundes

Mecklenburg-Vorpommern kann ab sofort auf zusätzliche Mittel des Bundes im Europäischen Sozialfonds (ESF) zurückgreifen. „Der Bund und der dazugehörige Begleitausschuss haben entschieden, dass Mecklenburg-Vorpommern als einziges Land Bundesmittel aus dem ESF erhält, die der Bund nicht mehr ausgeben kann“, freute sich der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Jürgen Seidel dieser Tage in Schwerin. Zur Verfügung stehen damit weitere 43,9 Millionen EUR. Mecklenburg-Vorpommern hatte die Mittel für ESF-Projekte beantragt und kann sie jetzt zügig einsetzen.

Die Europäische Union stellt in so genannten Ziel-1-Gebieten, zu denen auch Mecklenburg-Vorpommern gehört, Gelder zur Verfügung, mit denen Entwicklungsrückstände aufgeholt werden sollen. Mit Hilfe dieser Mittel soll die Wirtschaftsstruktur gestärkt, die Beschäftigungssituation verbessert und die Ausbildung gefördert werden. Zu den Schwerpunktbereichen der ESF-Förderung gehören unter anderem die Steigerung der Anpassungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit von Beschäftigten und Unternehmen, die Förderung der Berufsausbildung und des lebenslangen Lernens, die Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung, die Stärkung der Verbindung von Forschung und Wirtschaft sowie die Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt. Auch die Unterstützung bei Unternehmensgründungen, Qualifizierungsmaßnahmen und

Coaching von Mitarbeitern sowie Mikrodarlehen für Existenzgründer werden aus dem ESF gefördert.

In der 2006 endenden Förderperiode seit 2000 standen Mecklenburg-Vorpommern dafür insgesamt knapp 670 Millionen EUR zur Verfügung. Für das neue so genannte Operationelle Programm (OP) sollen dem Land von 2007 bis 2013 damit insgesamt rund 461 Millionen EUR zur Verfügung gestellt werden.

Steuern

EU-weites Konzept beim grenzüberschreitenden Ausgleich von Verlusten in anderen Mitgliedstaaten vorgeschlagen

Im Zusammenhang mit einem europaweit koordinierten Konzept auf dem Gebiet der direkten Steuern fordert die Kommission die Mitgliedstaaten auf, zu prüfen, wie Unternehmen Verluste, die sie in anderen Mitgliedstaaten erwirtschaften, ausgleichen können. In den meisten Mitgliedstaaten können im gleichen Land erwirtschaftete Verluste und Gewinne miteinander verrechnet werden. Für Verluste, die in anderen Mitgliedstaaten entstehen, ist ein solcher Ausgleich aber nur begrenzt möglich. Die Tatsache, dass es in den Mitgliedstaaten keine Rechtsvorschriften für den grenzüberschreitenden Verlustausgleich gibt, bedeutet ein Hemmnis für den Zugang zu anderen Märkten und schwächt daher die internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen.

In ihrer Mitteilung prüft die Kommission verschiedene Möglichkeiten, wie diese Hindernisse überwunden werden können. "Kein Unternehmen soll nur deswegen darauf verzichten, in einem anderen Mitgliedstaat zu investieren, weil Verluste aus Investitionen im Inland sofort berücksichtigt werden, während es für Verluste in einem anderen Mitgliedstaat einen derartigen Ausgleich nicht gibt", sagte der

Kommissar für Steuern und Zölle, László Kovács. "Vor allem kleine und mittlere Unternehmen könnten damit ihre Aktivitäten leichter auf andere Mitgliedstaaten ausweiten und stärker von den Vorteilen des Binnenmarktes profitieren." Ohne grenzüberschreitenden Verlustausgleich sinkt die Wettbewerbsfähigkeit.

Der Ausgleich von Verlusten aus Investitionen beschränkt sich innerhalb der EU in der Regel auf die Gewinne, die im gleichen Mitgliedstaat wie die Investitionen erwirtschaftet werden. Gibt es keinen oder nur einen beschränkten grenzüberschreitenden Verlustausgleich, führt dies zu Verzerrungen bei den Unternehmensentscheidungen innerhalb des Binnenmarktes. Diese Verzerrungen schwächen die Unternehmen und behindern die Entstehung von Unternehmen, die für den Wettbewerb auf dem Weltmarkt besser gewappnet sind. Auch im Vergleich mit den USA schneidet die EU schlechter ab, weil dort die Bundessteuern höher sind als die Steuern in den Einzelstaaten und ein Verlustausgleich für jede Investition, die irgendwo in den USA getätigt wird, möglich wird.

Lösungsvorschläge der EU-Kommission

Fehlt die Möglichkeit eines grenzüberschreitenden Verlustausgleichs, bleiben Verluste in verschiedenen Unternehmensteilen stehen. Dies wiederum führt zu einer "Überbesteuerung", da andere, profitable Unternehmensteile ausgehend vom Bruttogewinn ohne Berücksichtigung der Verluste besteuert werden.

Die Mitteilung enthält daher Vorschläge, wie die Mitgliedstaaten einen grenzüberschreitenden Ausgleich von Verlusten zulassen können, die entweder: innerhalb eines Unternehmens entstehen (d. h. Verluste einer in einem anderen Mitgliedstaat ansässigen Niederlassung oder "Betriebsstätte" des Unternehmens) oder innerhalb einer Unternehmensgruppe erwirtschaftet werden (d. h. Verluste eines in einem anderen Mitgliedstaat ansässigen Mitglieds der Gruppe).

Die Kommission fordert die Mitgliedstaaten auch auf, zu prüfen, wie Unternehmen in anderen Mitgliedstaaten entstandene Verluste verrechnen können. Dabei muss eine koordinierte Lösung gefunden werden, um die Vorteile für den Binnenmarkt zu maximieren und unnötige Doppelarbeit in den 27 Mitgliedstaaten zu vermeiden.

Die Frage des grenzüberschreitenden Verlustausgleichs ist nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs in der Rechtssache "Marks & Spencer" ins Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit gerückt. Nach diesem im Dezember 2005 ergangenen Urteil ist der Mitgliedstaat, in dem die Muttergesellschaft ansässig ist, unter bestimmten Bedingungen verpflichtet, den Ausgleich endgültiger Verluste einer gebietsfremden Tochtergesellschaft zuzulassen.

Weitere Informationen zur steuerlichen Behandlung von Verlusten bei grenzüberschreitenden Sachverhalten können abgerufen werden unter:
http://ec.europa.eu/taxation_cus/toms/index_de.htm

Ende Dezember hat die Kommission ferner das eingangs erwähnte koordinierte Konzept für die Koordinierung einzelstaatlicher Regelungen zu direkten Steuern vorgeschlagen, in dem sie die **Diskriminierung und Doppelbesteuerung von Einzelpersonen und Unternehmen** beseitigen will.

Kommissar László Kovács erklärte hierzu: „Diskriminierung und Doppelbesteuerung haben zur Folge, dass Einzelpersonen und Unternehmen nicht alle Früchte des Binnenmarktes ernten können; sie beeinträchtigen die Wettbewerbsfähigkeit der EU. Die einzelstaatlichen Steuerregelungen müssen besser koordiniert werden, um auf kohärentere Weise zusammenwirken zu können“. Er sei davon überzeugt, dass eine Koordinierung für die Mitgliedstaaten nützlich wäre, um un-

beabsichtigte Nichtbesteuerung oder den Missbrauch von Steuervorschriften zu verhindern und somit eine unnötige Erosion der jeweiligen Steuerbasis zu vermeiden.

Die wichtigsten Ziele eines kohärenten und koordinierten Steuerkonzepts sind:

- die Beseitigung von Diskriminierung und Doppelbesteuerung,
- die Verhinderung von unbeabsichtigter Nichtbesteuerung und des Missbrauchs von Steuervorschriften,
- die Senkung der Befolgungskosten bei Steuerpflicht in mehr als einem Steuersystem.

Koordinierungsbedarf

Im EU-Recht ist es den Mitgliedstaaten weitgehend freigestellt, ihre direkten Steuern so zu regeln, dass sie ihren innenpolitischen Zielen und Erfordernissen entsprechen. Einzelstaatliche Steuervorschriften, die ausschließlich oder überwiegend mit Blick auf die innerstaatliche Situation konzipiert worden sind, können allerdings in einem grenzübergreifenden Zusammenhang zu inkohärenter steuerlicher Behandlung führen. So kann eine Einzelperson oder ein Unternehmen in einer grenzübergreifenden Situation diskriminiert oder doppelt besteuert werden oder aber zusätzliche Befolgungskosten zu tragen haben.

Aus der starken Zunahme von Rechtsstreitigkeiten, die Steuerpflichtige in den letzten Jahren bei nationalen Gerichten und beim Europäischen Gerichtshof angestrengt haben, wird deutlich, dass Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten verbessert werden müssen. Steuerpolitische Beschlüsse müssen im übrigen jeweils einstimmig erfolgen, sonst wäre das europäische Steuerrecht schon längst kohärenter. Die Europäische Kommission will mit ihrer Initiative Lösungen für die gemeinsamen Probleme fördern, die aufgrund der Interaktion einer großen Zahl von Steuersystemen im Binnenmarkt entstanden sind. Damit sollen die Mitgliedstaaten bei der Entwicklung von Grundsätzen für

koordinierte Lösungen und bei der Verbesserung praktischer Maßnahmen zur Verwaltungszusammenarbeit unterstützt werden.

Neben den Bereichen, die in den beiden anderen Mitteilungen (die zuerst erwähnte zum Verlustabzug, eine weitere zur Wegzugsbesteuerung) behandelt werden, sind in der Mitteilung über die Koordinierung der Regelungen zu den direkten Steuern noch andere Bereiche (Quellensteuern, Vorschriften zur Bekämpfung von Steuervermeidung, Erbschaftssteuern) genannt, in denen eine Koordinierung erforderlich ist.

Koordinierung und Harmonisierung der Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage

Die steuerlichen Hindernisse, mit denen sich in mehr als einem Mitgliedstaat tätige Körperschaftsteuerpflichtige auseinandersetzen müssen, können nur durch eine gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage für EU-weite Tätigkeiten auf systematische Weise angegangen werden. Die Kommission hat angekündigt, 2008 einen umfassenden Legislativvorschlag für eine solche **gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage** (GKKB) vorlegen zu wollen. Die GKKB soll allerdings nur für Unternehmen gelten, die bestimmte Voraussetzungen erfüllen und die sich auch für sie entscheiden. Generell ist es erforderlich, für steuerpflichtige Einzelpersonen und Unternehmen eine bessere Koordinierung zu gewährleisten und zu verhindern, dass die Steuergrundlagen der Mitgliedstaaten durch Fehlpassungen und den Missbrauch von Steuervorschriften erodiert werden.

Das Ziel dieser Initiative besteht nicht darin, die bestehenden nationalen Steuersysteme durch eine einheitliche Regelung für die gesamte Gemeinschaft zu ersetzen. Vielmehr soll das Funktionieren der 27 nationalen Steuersysteme des Binnenmarktes durch eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten und eine bessere Koordinierung ihrer Regelungen verbessert werden.

Neue EU-Mitglieder

Rumänien: Wirtschaftlicher Boom aufgrund der neuen EU- Mitgliedschaft

Rumäniens Währung überstieg ein Sechs-Jahres-Hoch im Jahr 2006 Wirtschaft verzeichnet weiterhin robustes Wachstum.

Rumäniens Leu übertraf nach Bloomberg-Analysten alle europäischen Währungen und wurde weltbesten "Performer" des Jahres 2006, wie Paul Ciocoiu für die Southeast European Times in Bukarest zu Jahresende feststellte.



Der rumänische Leu stieg 20% gegenüber dem US-Dollar.

Die Perspektiven bleiben weiterhin rosig, nachdem ausländische Direktinvestitionen sich noch verdoppeln könnten, nachdem das Land zum 1.1.2007 Mitglied der EU wurde. Damit dürfte Rumänien das neue Boom-Land der EU werden! Im Jahr 2006, nach dem Kauf von 60% der Romanian Commercial Bank durch die österreichische Erste Bank, stieg der Leu gegenüber dem US-Dollar um 20% und übertraf damit ein sechsjähriges Hoch,

"Verschiedene Faktoren haben den Höhenflug des Leu bewirkt, von der siebenjährigen Wachstumsphase bis zu sieben Jahren ständigen Inflationsrückgangs. Auch das Wachstum der Arbeitsproduktivität in der rumänischen Wirtschaft und eine gute Aufstellung des Arbeitsmarktes haben zu diesen Resultaten beigetragen", sagt hierzu Adrian Vasilescu, Berater des Gouverneurs der Rumänischen Nationalbank. Rumänien erwartete 2006 einen Rekord

von 8 Milliarden EUR an ausländischem Kapital - ein erheblicher Schritt nach vorne, wenn man die 5,2 Mrd. EUR von 2005 ansieht. Die Regierung sieht für 2007 ausländische Investitionen für 10 Mrd. EUR voraus. Einer der wichtigsten Auslandsinvestoren, der französische Autoproduzent Renault, hatte angekündigt, dass er 100 Mio. EUR in die Dacia-Fabrik pumpen will, um 2008 etwa 350.000 Fahrzeuge produzieren zu können.

"Die Tatsache, dass wir eine stabile und steigende Währung haben, kann nur weitere Auslandsinvestitionen anziehen", wird Radu Ghetea, Vorsitzender der Rumänischen Bankenvereinigung, in der Zeitung *Ziua* zitiert. Das BIP ist 2006 alle Erwartungen übersteigend um 8,3% angestiegen, und das Wirtschaftswachstum in den ersten neun Monaten 2006 stieg um 7,8%. Gemäß der *Financial Times* hat Rumänien derzeit die schnellste wirtschaftliche Entwicklung in Europa und mehr Wachstum als Griechenland (3,2%), die Türkei (5,2%) und Bulgarien (5,7%).

Nicht jeder jedoch heißt die Aufwertung des Leu willkommen. Exporteure warnen, sie könnte die wirtschaftliche Expansion bremsen. Mihai Ionescu, Generalsekretär der rumänischen National Agency of Exporters and Importers warnt: "Der Anstieg könnte ein Ende für rumänische Exporte bringen. Die Aufwertung des Leu basiert nicht auf Wachstum und Produktionskosten, sondern ist das bloße Resultat finanzieller Spekulationen." Andere verweisen auf das große laufende Haushaltsdefizit, das 10% des BIP betragen könnte, als potenzielle Bedrohung. Dennoch haben die Weltbank und andere bedeutende Banken begonnen, Leu-Obligationen zu begeben. Analysten sehen dies als Zeichen für allgemeinen Optimismus, der auf Rumäniens starker wirtschaftlichen Performance beruht.

Europe & More weist darauf hin, dass deutsche Mittelständler, die z. B. familiäre Verbindungen zu

Rumänien haben, eine Brückenfunktion einnehmen (können). Oftmals sei ihnen dies so selbstverständlich, dass sie in ihrer Umgebung gar nicht mehr fragen, wem sie nützen können. Ihre deutschen Kollegen haben oft entweder Berührungsangst oder wenig Ahnung von dem brillanten neuen Zusatzmarkt. In jedem Fall werden rumänische Unternehmen – und zwar fast alle! – derzeit von einem unglaublichen Kooperationsgeist getragen, und dies schließt auch Berater (Recht, Steuer usw.) ein. Diese Blumen sollte man pflücken – zum Wohle der europäischen Volkswirtschaft.

Agrarwirtschaft

EU-Agrarpolitik: Einfacher und transparenter

Die Europäische Kommission hat **eine einzige** gemeinsame Marktorganisation (GMO) für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse vorgeschlagen. Diese soll die 21 bestehenden GMO ersetzen. „Die gemeinsame Agrarpolitik ist ohne Zweifel komplex, doch darf uns dies nicht davon abhalten, alles zu tun, um die Dinge einfacher zu machen“, erklärte die für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung zuständige EU-Kommissarin Mariann Fischer Boel. „Mit den 2003 begonnenen Reformen wurde der Vereinfachungsprozess eingeleitet. Der jetzige Vorschlag baut darauf auf, indem die Politik transparenter und leichter verständlich gestaltet und ihre Durchführung vereinfacht wird. Der Bürokratieabbau wird für die Landwirte und Behörden eine Erleichterung darstellen und dürfte die Kosten für die Lebensmittelindustrie verringern.“

Vizepräsident Günter Verheugen, zuständig für Unternehmens- und Industriepolitik, begrüßte diesen wichtigen Schritt nach vorn: „Die Vereinfachung der gemeinsamen Agrarpolitik ist ein Schlüsselement in der Agenda der Europäischen Kommission für bessere Rechtsetzung und Vereinfachung. Wenn es uns gelingt, den Regelwust

im Agrarbereich abzubauen, geben wir den Bürgern in den ländlichen Gebieten ein deutliches Signal, dass es der Kommission mit der Verringerung von unnötigem bürokratischem Aufwand ernst ist. Die Vereinfachung der gemeinsamen Agrarpolitik fügt sich zudem in die allgemeinen Bemühungen der Kommission ein, im Rahmen der intensivierten Wachstums- und Beschäftigungsstrategie die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu fördern.“

Die vorgeschlagene einzige GMO würde mehr als 40 Rechtsakte aufheben. Der Vorschlag wird nun dem Rat und dem Europäischen Parlament unterbreitet. Er soll 2008 in Kraft treten. 2008 soll die „Generalüberprüfung“ der Reformen der gemeinsamen Agrarpolitik weitere Vereinfachungen voranbringen. Letzten Endes wird die überwiegende Mehrzahl der GMO durch nur vier Ratsverordnungen reguliert werden:

- Rats-VO über die gemeinsame Marktorganisation,
- Rats-VO (EG) 1782/2003 über Direktzahlungen,
- Rats-VO (EG) 1698/2005 über ländliche Entwicklung und
- Rats-VO (EG) 1290/2005 über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik

Erster Erfolg für Europäische Transparenzinitiative: Jährliche Veröffentlichung der Empfängerdaten von EU-Zahlungen

Die EU hat sich mit der Verabschiedung der revidierten Finanzierungsverordnung für die Gemeinsame Agrarpolitik verpflichtet, alle Zahlungen – wer bekommt EU-Gelder – transparent zu machen. Ab 2008 (für Strukturfondsmittel) bzw. 2009 (für Mittel, die unter der Gemeinsamen Agrarpolitik erhalten werden) wird es hierzu eine jährliche Veröffentlichung geben. Die Kommission hat bereits angefangen, die von ihr direkt bearbeiteten Programme transparent zu machen bzw.

hierzu die Zahlungsempfänger zu veröffentlichen.

Die rechtliche Verpflichtung, Informationen über Zahlungsempfänger von EU-Fonds öffentlich zu machen, ist ein großer Schritt nach vorne. Insoweit ist die Europäische Transparenzinitiative sicherlich ein Erfolg; Transparenz ist der Schlüssel, um Fairness in der verhältnismäßigen Entscheidungsfindung als Maßstab zu vertreten.

Die Beiträge zu einem Grönbuch der EU-Kommission und weitere Informationen zur Transparenzinitiative sind verfügbar (in EN) bei: http://ec.europa.eu/commission_barroso/kallas/transparency_en.htm - und hiervon kann sich manche nationale und regionale Verwaltung eine Scheibe abschneiden.

Studie über Verwaltungsbelastung für Landwirte

Ende Dezember unterzeichnete die Europäische Kommission einen Vertrag über eine Studie über die Verwaltungslasten für Landwirte aufgrund der direkten Ausgleichszahlungen, die 2003 eingeführt wurden.

Die Studie soll ein großer Sprung nach vorne sein zum Thema: was kann, was sollte vereinfacht werden. Mit ihr will die Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung das Ziel einer besseren Regulierung verfolgen und somit der Lissabon-Strategie nach oben verhelfen. Die Studie bearbeitet die Verwaltungserfordernisse in landwirtschaftlichen Betrieben in fünf Ländern: Dänemark, Frankreich, Deutschland, Irland und Italien. Erste Ergebnisse werden zur Jahresmitte 2007 erwartet.

Hanfindustrie weltweit auf Expansionskurs

4. Internationale Konferenz der „European Industrial Hemp Association“ (EIHA) zeigte weltweit wachsendes Interesse an Hanfrohstoffen

Ende 2006 trafen sich in Hürth/Rheinland etwa 100 Hanfexperten aus 23 Ländern und fünf Kontinenten, um sich über den aktuellen Stand und zukünftige Trends der weltweiten Hanfindustrie auszutauschen. Besondere Höhepunkte der Konferenz: Die vielfältigen industriellen Nutzungen von Hanf in China sowie das Interesse der Holzwerkstoffindustrie an Hanf als alternativem Rohstoff für Plattenwerkstoffe.

China: Zahlreiche Hanfanwendungen

Erik Shi vom chinesischen Hanfunternehmen Yunnan Industrial Hemp Inc. (Kunming City, www.yunnanhemp.com) berichtete von großen Zuwachsraten bei der chinesischen Hanfindustrie. Hanfsamen und -öl mit ihren mehrfach ungesättigten Fettsäuren finden Absatz in der Lebensmittelindustrie, die ebenso hochwertigen Hanfproteine dienen – wie heute vor allem schon in Nordamerika – als Kraftnahrung für Sportler. Hanffasern werden in der Papier- und Automobilindustrie eingesetzt, aber auch als Verstärkung von Kunststoffen für Fensterrahmen und Bodenbeläge für den Innen- und Außenbereich. Diese Produkte sollen auch bei der Olympiade 2008 in Peking im großen Stil zum Einsatz kommen. Darüber hinaus werden die Hanfschäben zu Leichtbauplatten verarbeitet, die als „Agroboards“ z.B. nach Südafrika exportiert werden.

Nordamerika: Erfolgsgeschichte bei Hanfsamen und -öl

In Nordamerika wird Hanf bislang vor allem für die Lebensmittelindustrie angebaut. Die kanadische Hanfwirtschaft kann dabei auf erfolgreiche Jahre zurückblicken und hat in 2006 erstmalig knapp 20.000 Hektar Hanf für die reine Samenutzung angebaut. Die Hanfsamen gehen dabei vor allem in die US-

Lebensmittelindustrie. Die USA gehören zu den wenigen Ländern weltweit, in denen der Anbau von Nutzhanf immer noch verboten ist – zur Freude der kanadischen Farmer. Aktuell laufen in Kanada eine Reihe von Projekten, um auch die Hanffasern und -schäben einer Nutzung zuzuführen; dabei geht es u.a. um die Verstärkung von Polylactid (PLA) mit Hanffasern, um das Einsatzspektrum dieses Biokunststoffes zu erweitern. Interesse kommt aber auch von der Spanplattenindustrie, die aufgrund von Engpässen beim Holz neue Rohstoffe sucht und konkret über größere Hanfprojekte nachdenkt.

Lebensmittelindustrie

Daniel Kruse von Hempro International (Düsseldorf, www.empro.com) gab einen kompetenten Überblick über die weltweite Entwicklung der Hanflebensmittelindustrie. Europa liegt im Vergleich zu Nordamerika und China noch weit zurück – dennoch wächst auch in Europa der Markt für geschälte Hanfsamen und Hanföl. In Großbritannien haben Hanf-Müsliriegel sowie Hanföl bereits den Weg in die Supermärkte gefunden. In Deutschland erfolgt der Vertrieb noch primär über Internet und Hofläden.

Europa: Hanftextil-Projekte, Dämmstoff- und Automobilindustrie

In Europa finden sich aktuell eine Vielzahl von Aktivitäten, die eine Ausdehnung der momentan bescheidenen Anbauflächen von knapp 16.000 ha erwarten lassen.



Foto: Hock; www.thermo-hanf.de

So berichtete Bengt Svennerstedt von der Swedish University of Agricultural Sciences (Alnarp/Schweden, www.jbt.slu.se) über Interesse der schwedischen Konzerne IKEA, Volvo und Saab an Hanffasern und -schäben. Besondere Zuwachsraten finden sich in der

Tschechischen Republik, wo der Hanfanbau erst in den letzten Jahren wieder entdeckt wurde und heute bereits wieder über 1.000 ha umfasst. Interessant ist hier vor allem die Entwicklung neuer Ernte- und Aufschlusstechniken, die der Geschäftsführer von CANABIA (Hodonin/CZ, www.canabia.cz), Jaroslav Skoumal, vorstellte.

Hanftextilien

In Italien plant die Firma Gruppo Fibranova (Perinano, www.grupprofibranova.it) erhebliche Investitionen, um Hanffasern wieder in die italienische Textilindustrie einzuführen. Dabei sollen die Hanffasern mit Enzymen (Biodegumming) zu hochwertigen Langfasern (Preis: 2,5 bis 3 EUR/kg) aufgeschlossen und nass versponnen werden, wie Cesare Tofani, Geschäftsführer der Gruppo Fibranova und Vorstandsmitglied von EIHA, berichtete. Für die parallel anfallenden Kurzfasern werden technische Nutzungen anvisiert, wie z.B. die Verstärkung von Kunststoffen.

Auch ein anderes Projekt ist auf dem Weg, Hanf zurück in den Textilmarkt zu bringen. Ein deutsch-holländisches Projektteam untersucht in der Region „Euregio Rhein-Waal“ seit Jahren die textile Wertschöpfungskette vom Anbau bis zur Hanfjeans. Hier wird die Hanffaser mittels Dampfdruckaufschluss gewonnen, ein Verfahren, das bereits in den 80er Jahren am IAF in Reutlingen (www.iaf.fh-reutlingen.de) entwickelt wurde. Projektleiter Marcel Toonen von Plant Research International (Wageningen/NL www.pri.wur.nl) ist überzeugt, dass in den nächsten Jahren die ersten Hanfjeans aus Deutschland bzw. Holland am Markt erhältlich sind – zu Preisen, die nur geringfügig über denen anderer Markenjeans liegen. Teilnehmer aus Australien wiesen darauf hin, dass auch sie dabei sind, Hanf-Textilien als Alternative zu Baumwolle-Textilien zu entwickeln.

Dämmstoff- und Automobilindustrie

Bernd Frank, deutscher Hanfpionier und Vorstandsmitglied von EIHA, stellte ausführlich sein Unternehmen Badische Naturfaserauf-

bereitung (BaFa) (Malsch, www.bafa-gmbh.de) vor. Gute Erfahrungen machte die BaFa mit der ersten neuen Hanfzucht aus den Niederlanden: Die Sorte Chamaeleon bringt gute Erträge und eine helle, gut entholzbar Faser. Hauptabsatzgebiete für seine Hanffasern sind die Dämmstoff- und Automobilindustrie, die Hanfschäben werden vor allem als Pferdeeinstreu vermarktet und die Hanfsamen gehen bisher vorwiegend in die Vogelzucht. Im ökologischen Bauen in Deutschland, Frankreich und Großbritannien kommen zunehmend Bau- und Dämmstoffe aus Hanfschäben (meist Kalk-gebunden) und Faserdämmmatten zum Einsatz.

Über den Einsatz von Hanf- und anderen Naturfasern in der Automobilindustrie gaben Michael Karus, Geschäftsführer des nova-Instituts (Hürth/Deutschland, www.nova-institut.de) und von EIHA, und Dirk Fischer, vom weltweit führenden Maschinenbauer R+S Technik GmbH (Offenbach/Deutschland, www.rstechnik.de) für Naturfaser-Formpressteile, einen Überblick. In der deutschen Automobilproduktion wurden laut Karus im Jahr 2005 erstmalig 19.000 t Naturfasern eingesetzt, vor allem in Formpressteilen, aber auch in Spritzguss- und Fließpressteilen. Fischer zeigte eindrucksvoll, wie die in Deutschland entwickelte Technik des Naturfaser-Formpressens die Welt erobert. Sein Unternehmen lieferte in den letzten Jahren Anlagen in den Iran, nach Indien und China – aktuell starten etliche neue Projekte. In der neuen chinesischen Mittelklasse-Limousine Brilliance, die seit Dezember 2006 auch am deutschen Markt erhältlich ist, sind 80% der Innenteile auf Basis von Naturfaserwerkstoffen realisiert – ein neuer Rekord.

Papierindustrie

Die Hanfberater Pierre Bouloc und Francois Desanlis berichteten über zahlreiche Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in Bezug auf neue Anwendungen von Hanf in Frankreich. Interessant sind vor allem Projekte, die Qualitätspapier aus der Ganzpflanze gewinnen wollen – ohne den kostenintensiven

Umweg über eine vorgelagerte Ent-holzung.

Die Papierindustrie zeigt aufgrund der steigenden Holzpreise erstmalig seit Jahrzehnten wieder Interesse am Hanf. Hanfzellstoff ist dabei aufgrund seiner längeren Fasern vor allem auch zur Auffrischung von Altpapier bestens geeignet.

Faseraufschluss

Weitere Projekte beschäftigen sich mit der Weiterentwicklung von Aufschlussverfahren; hier werden chemische und enzymatische Verfahren untersucht, oder auch der Weg der Hanf-Silage, der vor allem interessant ist, wenn man die Endprodukte direkt aus der nassen Silage herstellen kann. Eine solche Prozesskette zeigte Ralf Pecenka vom Institut für Agrartechnik (ATB) (Potsdam/Deutschland, www.atb-potsdam.de) für verschiedene Bauprodukte.

Um den Aufschluss weiter optimieren zu können, sind vor allem detaillierte Kenntnisse über die biologischen Klebstoffe zwischen den Fasern und Schäben erforderlich. Hier betreibt die University of Leeds (www.leeds.ac.uk) Grundlagenforschung (Tony Blake).

Leichtbauplatten

Das neue ökonomische Interesse an Hanf beschränkt sich dabei nicht auf die Papierindustrie. Auch die Holzwerkstoffindustrie leidet unter den hohen Holzpreisen und verschlechterten Verfügbarkeiten – auch wegen der Nachfrage des Energiesektors nach Holz. Sie ist daher auf der Suche nach alternativen Rohstoffen. Verschiedene Unternehmen aus Kanada und Europa äußerten erstmalig seit Jahrzehnten konkretes Interesse an großflächigem Hanfanbau zur Produktion von Leichtbauplatten. Die Firma Kosche aus Much/Deutschland, www.kosche.de, bietet seit letztem Jahr als erstes Unternehmen Hanf-Leichtbauplatten an, die sich besonders für den Einsatz im LKW, Camping-Mobilen und Schiffbau eignen.

Neue Entwicklungen

Jörg Müssig vom Faserinstitut Bremen (FIBRE)

(www.fasterinstitut.de) stellte eine zukunfts-trächtige Kombination in Theorie und Praxis vor: Naturfaser-verstärkte Biokunststoffe. Insbesondere der Biokunststoff PLA, der kommerziell am Markt verfügbar ist, kann mit Hilfe von Hanf- und anderen Naturfasern in seinem Eigenschaftsprofil verbessert und gleichzeitig preislich attraktiver werden. Müssig zeigte eigene Versuche und Beispiele aus Japan, ein Kenaf-verstärktes PLA-Handygehäuse, sowie eines aus Deutschland, eine PLA-Hanffaser-Schmuckurne. Frank Otremba von M-Base, Aachen (www.m-base.de) gab einen umfassenden Überblick über die Eigenschaften von Polypropylen-Naturfaser-Granulaten für Spritzguss-Anwendungen im Vergleich zu Talkum-gefülltem und Glasfaser-verstärktem PP sowie auch PC/ABS. Otremba zieht das Fazit: „Viele interessante Eigenschaften“, wie z.B. die hohe Formstabilität unter Druck und Temperatur. Das holländische Unternehmen NPSP Compositen BV (Haarlem/NL, www.npsp.nl) produziert diverse Produkte im RTM-Verfahren („Resin Transfer Moulding“). Geschäftsführer Willem Böttger nennt seinen Werkstoff „Nabasco“, wenn die Verstärkung mit Naturfaservliesen erfolgt. Die Vliese stammen aus Deutschland, als Fasern kommen Hanf und Flachs zum Einsatz. Anwendungsbeispiele sind Wegweiser-Pilze für Fahrradwege, Gehäuse von Radaranlagen (Glasfasern stören die Radarstrahlen), Boote, Möbel und Lautsprecher. NPSP zeigt zum Schluss Wandelemente mit langen Hanffasern, bei denen die eingebetteten Fasern nicht nur für eine Verstärkung, sondern auch für einen 3D-Design-Effekt genutzt werden.

Rohstoffwende und Wettbewerb Michael Karus, European Hemp-Chef, zeigte die Hintergründe des wachsenden Interesses am Hanf. Der Übergang von fossilen zu nachwachsenden Rohstoffen („Rohstoffwende“), den Karus an Hand einiger Beispiele zeigte (mehr unter www.rohstoffwende.de), führt zu einer Verknappung und Verteuerung von Biomasse und insbesondere von Holz. Das macht eine schnell wach-

sende, ertragreiche und mechanisch starke Pflanze wie Hanf für viele Branchen interessant: Kunststoff- und Verbundwerkstoff-, Automobil-, Möbel- und Bau-, Papier- und Textil-Industrie. Der Ökonom Sven Ortman, nova-Institut, präsentierte die Preisentwicklungen für Erdöl und Kunststoffe sowie konkurrierende Naturfasern auf dem Weltmarkt über die letzten Jahre. Überall findet man beachtliche Preissteigerungen. Europäische Naturfasern wie Flachs und Hanf werden zunehmend konkurrenzfähig – auch wenn sie in den nächsten fünf Jahren sicher noch auf gewisse EU-Beihilfen angewiesen sind.

Kyoto-Protokoll

Mireille Portmann aus Savignysur-Orge (Frankreich) zeigte in Hinsicht auf das Kyoto-Protokoll, wie Hanf zur Senkung der Treibhausgas-Emissionen beitragen kann. Das festgelegte Ziel ist eine Senkung der weltweiten Treibhausgas-Emissionen um 5,2% bis 2012. Auf besonderes Interesse stieß das Projekt „Grow your house“ („Lass Dein Haus wachsen“), das in Südafrika läuft und der regionalen Bevölkerung eine nachhaltige Entwicklung ermöglicht sowie gleichzeitig die CO₂-Emissionen bis zu 90% reduziert. Hierbei geht es um Häuser, die nahezu vollständig aus Hanf gebaut werden (Bau- und Dämmstoffe).

Auf der 4. EIHA-Konferenz spürte man die Wende auf den Rohstoffmärkten, die Engpässe und Preissteigerungen insbesondere beim Holz. Es gab erstmalig seit den 1990-er Jahren reales Interesse, eine wirkliche – wenn auch noch unverbindliche – Nachfrage nach großen Mengen Industriehanf für unterschiedliche Branchen. Das neue Interesse an Hanf wurde auch an einer Vielzahl neuer Projekte und Investitionen, Ideen und Produkte sowie einer Reihe neuer Akteure sichtbar.

European Industrial Hemp Association (EIHA)

Die EIHA wurde Ende 2005 offiziell gegründet, weist aber schon jetzt 30 Mitglieder auf. Die meisten von ihnen kommen aus Europa, aber auch Unternehmen aus Australien,

Kanada und China sind unter den Mitgliedern, da es noch keinen Weltverband gibt.

Mehr Informationen über die EIHA sind erhältlich unter www.eiha.org. Geschäftsführer der EIHA ist Dipl.-Phys. Michael Karus vom nova-Institut, e-mail: michael.karus@nova-institut.de.

Bio-Produkte: Platinen aus Biomasse - Trägerplatten für Elektronikbauteile aus Lignin, Pflanzenfasern und Naturharz

ARBOFORM* heißt der zu 100 Prozent aus nachwachsenden Rohstoffen bestehende, thermoplastisch verformbare Werkstoff, den Forscher erfolgreich für die Platinen- oder Leiterplattenproduktion nutzen. Das Projekt wurde von der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FNR) gefördert. Beteiligt waren der ARBOFORM*-Hersteller Tecnar GmbH, der Leiterplattenhersteller Andus Electronic GmbH, das Ingenieurbüro KEW Konzeptentwicklung, das Fraunhofer Institut für Zuverlässigkeit und Mikrointegration (IZM) und das bekannte Elektronikunternehmen LOEWE.

Nachdem die Projektbeteiligten die prinzipielle Machbarkeit ligninbasierter Leiterplatten damit nachweisen konnten, soll das Herstellungsverfahren nun soweit optimiert werden, dass es in die Serienproduktion gehen kann. Gewöhnliche Platinen, die sich in zahllosen elektronischen Geräten befinden, werden aus papier- oder glasfaserverstärkten Phenol- oder Epoxydharzen und damit überwiegend aus fossilen Rohstoffen hergestellt. Die neu entwickelte Platine hingegen besteht zum Grossteil aus pflanzlichen Materialien: Aus einer Matrix aus Stroh-Lignin mit Hanf-Kurzfasern und Baumwollgewebe zur Verstärkung, als Haftvermittler

dient Naturharz, als Flammhemmer expandierbarer Graphit. Damit kommt das Produkt auch ohne die sonst üblichen halogenierten Flammschutzmittel aus. Die Bestückung erfolgt mit bleifreien Loten, somit können elektronische Baugruppen hergestellt werden, die konform mit der neuen EU-Richtlinie RoHS ("Restriction of Hazardous Substances") sind, die bestimmte Stoffe in Elektrogeräten wie Blei, Cadmium und Quecksilber seit Mitte 2006 verbietet.

Um ihre Praxistauglichkeit zu überprüfen, wurden die doppelseitig durchkontaktierten Leiterplatten im Projekt erfolgreich in eine Fernbedienung für ein Fernsehgerät eingebaut. Es zeigte sich allerdings, dass der Fertigungsprozess noch weiterer Optimierung bedarf. Insbesondere der Temperatur-Druckverlauf während des Pressens muss für größere Anlagen noch erarbeitet werden. Die Forscher gehen davon aus, damit die derzeit noch bestehenden Probleme bei der Feuchteaufnahme und bei der nicht ausreichenden Kupferhaftung in den Griff zu bekommen. Auch die thermische Beständigkeit soll so weiter erhöht werden. In zukünftigen Arbeiten soll das viel versprechende Verfahren entsprechend weiterentwickelt werden. Dann wird auch die noch offene Frage geklärt, wie genau sich unterschiedliche Ligninmodifikationen und -qualitäten auf das Produkt auswirken.

Als Rohstoff für die Ligninmatrix von ARBOFORM* und ähnlichen Werkstoffen können Stroh, aber auch Abfälle aus der Zellulosegewinnung dienen, damit ist dieses Material auch preislich interessant. Gleichzeitig ist es vielseitig einsetzbar: Nach Präzisionsteilen, Spielwaren, Musikinstrumenten und vielem mehr lassen sich nun auch elektronische Leiterplatten daraus herstellen. Der 100-prozentig pflanzenbasierte Kunststoff verbindet dabei natürliche Elemente mit moderner Elektronik und vereint die Vorteile zweier Welten: Thermisch verformbar kann man ihn wie einen herkömmlichen Kunststoff verarbeiten, gleichzeitig besteht er aus einer erneuerba-

ren, weil nachwachsenden Rohstoffquelle.

Weitere Informationen zu nachwachsenden Rohstoffen im Internet unter:

www.fnr.de,
www.naturdaemmstoffe.info,
www.bioschmierstoffe.info,
www.nachwachsende-rohstoffe.de

Transport & Verkehr

Erfolg für deutsch-polnischen Schienenverkehr: EWIV-Interessengemeinschaft arbeitet für Strecke Berlin – Gorzów

Mit deutschen und polnischen Mitgliedern, aus Handelskammern, Unternehmen, Verkehrswissenschaftlern, Politikern und lokalen und regionalen Gebietskörperschaften wurde vor einigen Monaten in Frankfurt/Oder die IGOB Interessengemeinschaft Eisenbahn Berlin-Gorzów EWIV gegründet (IGOB steht für „Interessengemeinschaft Ostbahn“). Der Motor hierfür heißt Karl-Heinz Bossan, ist ein „old hand“ im Bereich der Verkehrsberatung und der langjährige Organisator der Internationalen Ostbrandenburger Verkehrsgespräche, denen zahlreiche Verdienste um die deutsch-polnischen Verkehrsverknüpfungen gehören.



Heinz Bossan, Geschäftsführer der Interessengemeinschaft Eisenbahn Berlin-Gorzów EWIV

Die Interessengemeinschaft, die zu Jahresende ihr 14. kooperatives Mitglied – zusätzlich zu den Vollmitgliedern – begrüßen konnte, hat bereits ihren ersten Erfolg gelandet: der Schienenverkehr von Berlin in die polnische Grenzstadt Küstrin.

Die westpolnische Region im Bereich Küstrin – Gorzów ist eindeutig sozioökonomisch in Richtung Berlin orientiert. Gleichzeitig fehlte es bisher an Zugverbindungen von Berlin in diesen Raum. Seit einigen Wochen fährt nun ein regelmäßiger Nahverkehrszug auf der Strecke Berlin – Küstrin, zunächst bis in die polnische Grenzstadt. An der Weiterführung der Strecke nach Gorzów (und nach Willen der IGOB später bis Kaliningrad!) wird gearbeitet.



Gutes Zeichen: die Erhöhung der zulässigen Streckengeschwindigkeit auf 120 km/h wurde zum Jahresende wirksam. Dipl.-Ing. Ulrich Schultheiss, DB Netz AG, Niederlassung Ost, Leiter Regionalnetz Ostbrandenburg, Frankfurt (Oder), hierzu: „Auf dem Streckenabschnitt von km 75,0 beim Haltepunkt Golzow bis km 80,7 Bahnhof Küstrin-Kietz kann erstmals wieder seit über 60 Jahren mit 120 km/h gefahren werden.“

Zwar ist dieser kleine Abschnitt kaum fahrzeitrelevant und der Fahrplan wird damit noch nicht geändert, aber es hat zumindest moralischen Wert, quasi als Signal, dass begonnen wurde, die Ostbahn auszubauen und dass der Ausbau in den nächsten Jahren kontinuierlich fortgesetzt wird. Im Jahre 2007 werden zwar keine neuen Baumaßnahmen von DB Netz vor Ort sichtbar werden, aber die Planungen und die Maßnahmen zur Finanzierungssicherstellung für die weiteren Bauabschnitte werden, so denke und hoffe ich, gut voran kommen.“

Weitere Informationen: Karl-Heinz Bossan, Geschäftsführer der Interessengemeinschaft Eisenbahn Berlin-Gorzów EWIV, Ringstraße 1001, 15236 Frankfurt (Oder), Tel.: +49 (0) 335 546 3668, Fax: +49 (0) 335 546 3669, Mobil: +49 (0) 171 7143815, e-Mail: bossan@igob.eu, Internet: www.igob.eu.

Weg mit Hindernissen für den Ausbau der Eisenbahnen in ganz Europa

Die Europäische Kommission hat im Dezember 2006 eine Reihe von Maßnahmen verabschiedet, die der Wiederbelebung des Schienenverkehrs dienen sollen, indem Hindernisse für den Zugverkehr auf dem gesamten europäischen Schienennetz beseitigt werden. Zu diesen Maßnahmen zählen eine Mitteilung zur Vereinfachung der Zulassung von Schienenfahrzeugen, ein Vorschlag zur Neufassung der bestehenden Interoperabilitäts-Richtlinien, die Änderung der Verordnung zur Errichtung einer Europäischen Eisenbahnagentur und der Richtlinie über die Eisenbahnsicherheit.

Der für den Bereich Verkehr zuständige Vize-Präsident Jacques Barrot meinte hierzu: *„Wenn die Eisenbahn wettbewerbsfähiger werden soll, müssen wir die Vorschriften, die Eisenbahnunternehmen vor der Nutzung der Schienennetze in der Europäischen Union einhalten müssen, straffen und reduzieren. Durch die von der Kommission heute verabschiedeten Massnahmen werden diese Verfahren beschleunigt und vereinfacht sowie die Kosten für den Sektor erheblich gesenkt“.*

Zu den vorgeschlagenen Maßnahmen zählt eine Mitteilung zur Änderung mehrerer Rechtsinstrumente, um die länderübergreifende Anerkennung der Schienenfahrzeuge zu verbessern. Nach den derzeitigen

Vorschriften werden Lokomotiven und andere Fahrzeuge, die in einem Mitgliedstaat betrieben werden können, nicht notwendigerweise in einem anderen Mitgliedstaat für den Betrieb zugelassen. Zuweilen sind die einzelstaatlichen Sicherheitsvorschriften widersprüchlich. In Italien müssen Feuerlöscher in Zügen CO₂-Pulver, aber keinen Schaum enthalten, während es sich in Österreich um Schaumfeuerlöscher handeln muss und CO₂-Pulver verboten ist! Darüber hinaus müssen sich Eisenbahnunternehmen, die grenzüberschreitende Dienste betreiben wollen, in jedem Mitgliedstaat einem Zulassungsverfahren für ihre Fahrzeuge unterziehen. Dies erfordert oft Nachweise, die zwischen den Mitgliedstaaten nicht gegenseitig anerkannt sind, was Verzögerungen und Kosten mit sich bringen kann. Die Zulassung kann bis zu drei Jahren dauern und ist aufgrund von Doppelarbeit unnötig kostspielig.

Eine andere Initiative zielt auf die Straffung des Zulassungsverfahrens für Rollmaterial durch die länderübergreifende Anerkennung einzelstaatlicher Prüfungen. Die derzeit mangelnde Interoperabilität in der EU zwingt beispielsweise die Betreiber, beim Grenzübergang Lokomotiven und Fahrer auszuwechseln. Zwar hat die Europäische Gemeinschaft zur Überwindung dieser Hindernisse ein ehrgeiziges Programm für gemeinsame Normen gestartet, doch hängt das Tempo ihrer Einführung von neuen Investitionen in Schienennetze und Fahrzeuge ab.

Der Übergang zu neuen Normen und die Einführung von Maßnahmen zur Erleichterung des grenzüberschreitenden Betriebs auf dem bestehenden Netz müssen daher beschleunigt werden. Auch eine Richtlinie zur Interoperabilität des transeuropäischen Hochgeschwindigkeitsbahnsystems¹ und eine weitere Richtlinie über die Interoperabi-

lität des traditionellen transeuropäischen Eisenbahnsystems² müssen geändert werden, um die länderübergreifende Anerkennung für Rollmaterial zu erleichtern. Beide Richtlinien zielen auf die Harmonisierung technischer Normen im Eisenbahnverkehr ab, indem die Kommission aufgefordert wird, Technische Spezifikationen für die Interoperabilität auszuarbeiten. Eine einzige Technische Spezifikation reicht jedoch für das traditionelle und das Hochgeschwindigkeitseisenbahnsystem aus, so dass die Trennung in zwei Richtlinien überflüssig ist. In der Richtlinie über die Eisenbahnsicherheit³ wird der Artikel geändert, in dem die Bedingungen festgelegt sind, unter denen in einem Mitgliedstaat verwendete Fahrzeuge zum Betrieb auf dem Schienennetz eines anderen Mitgliedstaats zugelassen werden. Die gegenseitige Anerkennung in Betrieb befindlicher Fahrzeuge wird vorgeschlagen: Fahrzeuge, die bereits in einem Mitgliedstaat zum Betrieb zugelassen sind, müssen nicht in einem anderen Mitgliedstaat ein gleiches oder ähnliches Verfahren durchlaufen, es sei denn, es handelt sich um besondere nationale Vorschriften.

Schließlich wird die Verordnung zur Errichtung einer Europäischen

Eisenbahnagentur⁴ geändert. Die Agentur wird damit beauftragt, ein Referenzdokument mit Angaben zu den nationalen Vorschriften auf dem Gebiet der Inbetriebnahme von Schienenfahrzeugen zu erstellen. Gleichwertige Vorschriften in mehreren Mitgliedstaaten werden miteinander verbunden, um die länderübergreifende Anerkennung der Fahrzeuge zu erleichtern. Die Agentur wird außerdem die Arbeit des Netzes der nationalen Sicherheitsbehörden organisieren mit dem Ziel, die Zahl der nationalen Vorschriften zu verringern und festzustellen, welche nationalen Vorschriften gleichwertig sind. Schließlich wird die Agentur nach Aufforderung durch die Mitgliedstaaten oder die Kommission Stellungnahmen zu technischen Fragestellungen ausarbeiten.

Dies alles wird Unternehmen, die im Bereich Eisenbahn arbeiten bzw. hierzu Zulieferunternehmen sind, ein neues Tiefenwachstum ermöglichen. Diese Unternehmen sollten jedoch, wenn noch nicht geschehen, auf europäischer Ebene kooperieren.

Für die Bibliothek

Jorge Semprun, Dominique de Villepin: Was es heißt, Europäer zu sein.

Hamburg 2006, Murmann Verlag, 216 Seiten., 24,90 EUR. ISBN 3-938017-1

Ein Buch, das einiges verspricht: Jorge Semprun gehört der sozialistischen Linken an, Dominique de Villepin steht in der Tradition des französischen Gaullismus. Auf den ersten Blick haben der spanische Schriftsteller und der Pariser Premierminister nicht viel gemeinsam. Der Hamburger Murmann Verlag,

4 Verordnung (EG) Nr. 881/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 zur Errichtung einer Europäischen Eisenbahnagentur (Agenturverordnung), ABl. L 164 vom 30. April 2004.

1 Richtlinie 96/48/EG des Rates vom 23. Juli 1996 über die Interoperabilität des transeuropäischen Hochgeschwindigkeitsbahnsystems, ABl. L 235 vom 17. September 1996.

2 Richtlinie 2001/16/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2001 über die Interoperabilität des konventionellen transeuropäischen Eisenbahnsystems, ABl. L 110 vom 20. April 2001.

3 Richtlinie 2004/49/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über Eisenbahnsicherheit in der Gemeinschaft und zur Änderung der Richtlinie 95/18/EG des Rates über die Erteilung von Genehmigungen an Eisenbahnunternehmen und der Richtlinie 2001/14/EG über die Zuweisung von Fahrwegkapazität der Eisenbahn, die Erhebung von Entgelten für die Nutzung von Eisenbahninfrastruktur und die Sicherheitsbescheinigung (Richtlinie über die Eisenbahnsicherheit), Amtsblatt L 164 vom 30. April 2004.

spezialisiert auf Schöngestriges für den geistig gestressten Manager, der einmal abschalten muss, hat hier ein gelungenes Werk vorgelegt. Jenseits aller Gegensätze haben die Autoren feste europäische Überzeugungen. Diese tauschen sie in ihren Dialogen aus. Das Buch ist ein leidenschaftliches Plädoyer für Europa. Auch wenn es sich jetzt nach dem Scheitern der Verfassung in einer Krise befindet, niemand stellt das Prinzip Europa in Frage. Hier wird auch auf die Einzigartigkeit der Integration abgehoben – und man glaubt es diesen Autoren. De Villepin hat u. a. über Napoléon geschrieben, Semp-run wurde 1994 mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ausgezeichnet; er war drei Jahre lang spanischer Kulturminister, nachdem er in den 50er-Jahren den Widerstand der Exil-KP gegen das Franco-Regime koordiniert hatte. „Was es heißt, Europäer zu sein“ ist das Ergebnis eines intensiven Briefwechsels und zahlreicher Gespräche zwischen den Autoren, für die feststeht: Die Lösung ist Europa – ungeachtet aller innerstaatlichen Probleme und Krisen. Eine entspannende, fordernde und motivierende Lektüre.

Europe 2007 inside: Vorhaben der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und des G8-Vorsitzes

CD-ROM, 1. Fassung November 2006, bearbeitet und herausgegeben von Marcel Seyppel, Media Res, Köln 2006, 140 Seiten + Anhänge, 25 EUR; ISBN 978-3-937642-02-4, Vertrieb über alle Buchhandlungen oder über LIBERTAS,verlag@libertas-institut.eu



An die Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft seit 1. Januar 2007 durch Deutschland knüpfen sich hohe Erwartungen. Vor allem sucht sie einen Ausweg aus der Krise, in die die EU mit den gescheiterten Referenden zum EU-Verfassungsvertrag in Frankreich und den Niederlanden 2005 geraten ist. Mit einer „Berliner Erklärung“ am 50. Geburtstag der EWG am 25. März 2007 und mit einem Europäischen Fahrplan auf der Sitzung des Europäischen Rats im Juni will die Ratspräsidentschaft den festgefahrenen Karren wieder flott machen. Doch könnte die Bundesregierung die Rechnung ohne einige der 25 Wirte machen. Unter anderem sind in Frankreich im Mai 2007 Präsidentschaftswahlen.

Marcel Seyppel, seit über zwei Jahrzehnten in der Europakommunikation aktiv, hat 30 Wissenschaftler und Experten gewonnen, in "Europe 2007 inside" zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft Stellung zu beziehen. Es geht um Fragen wie nach dem „Wie weiter“ in der Außenpolitik nach dem militärischen Engagement der EU im Libanon oder der Neuausrichtung der Nachbarschaftspolitik, um Globalisierung und Entwicklung. Immer wichtiger wird auch eine europäische Antwort auf die drohende Klimakatastrophe - Thema einer ganzen Reihe von Beiträgen zu energie- und umweltpolitischen Herausforderungen. Angesichts des Starts vieler Förderprogramme widmet sich "Europe 2007 inside" in drei Beiträgen speziell den Belangen kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU). Thema ist auch das Europäische Jahr der Chancengleichheit.

Abgerundet wird das facettenreiche und thematisch breit angelegte Kompendium durch einen umfassenden dokumentarischen Anhang, zahlreiche weiterführende Links, Programm- und Terminhinweise. Die CD-ROM "Europe 2007 inside" eignet sich für Journalisten, aber auch für die Unternehmenspraxis, insbesondere für Teams, die sich mit strategischen Fragen beschäftigen, sowie für Politiker, Verwaltung und

Verbände auf regionaler und lokaler Ebene mit offenem Blick für die europäischen Chancen und Herausforderungen, aber auch als Diskussionsgrundlage und Materialbasis für Seminare, Workshops, Vorträge und Lehrveranstaltungen.

Impressum

**Europe & More
International Business News**
ISSN 1612-1678

Herausgegeben von LIBERTAS – Europäisches Institut GmbH, Lindenweg 37, 72414 Rangendingen (Hechingen), Deutschland, eingetragen beim Amtsgericht Stuttgart HRB 243253, Geschäftsführerin: Ute Hirschburger, Tel.: +49 7471 9849960, Fax: +49 7471 98499619, E-Mail: info@libertas-institut.eu, Internet: www.libertas-institut.eu.
Redaktion: Ute Hirschburger (verantwortlich), Dipl.-Betriebswirtin (FH); Hans-Jürgen Zahorka, Assessor jur.
Erscheinungsweise: 14-täglich, nur elektronisch in PDF-Format.
Abonnementpreis jährlich (24 Ausgaben): 84 EUR + 19 % MWSt. = 99,96 EUR; Einzelheft: 5,00 EUR (inkl. MWSt).
Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.
Alle Rechte vorbehalten. Die Inhalte genießen Urheberschutz. Kopien, Weitergaben und Ausdrücke im Umlauf, Übersetzungen, Bearbeitungen und Verbreitung sowie Nutzung in gedruckter und elektronischer Form sind nur nach ausdrücklicher vorheriger Erlaubnis gestattet. Trotz sorgfältiger journalistischer Bearbeitung keine Gewähr.